

# Kommunistische Rundschau

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. ohne  
Sicherungsgebühr / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Al. / Geschäftsstelle u. Expedition:  
Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkontor: Dresden Nr. 15690, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-Al. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Druckerei: Arbeitsgemeinschaft Arbeiter-  
druckerei Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuromanisch geprägte Monatszeitschrift oder deren Raum 0,50 RM. für Sonnen-  
anzeigen 0,20 RM. für die Beilage angeschlossen an den dreimaligen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM.  
Anzeigen-Annahme wochentlich bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Al. Güterbahnhofstr.  
Nr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer  
Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 21. Juli 1927

Nummer 168

## Ereue den Wiener Bastillesturmern!

Kommunistisches Gelöbnis am Grabe der Wiener Opfer / Sympathiekundgebungen der deutschen Arbeiter

### Das Menetekel

Die deutschen Arbeiter kennen aus hunderten von Urteilen die Art der Justiz, die zu dem Wiener Blutbad geführt hat. Die "Rechtsgleichheit" zwischen der reichsweiten und der österreichischen Republik, über die anlässlich der ersten Lefung des neuen Strafgesetzes jüngst geurteilt wurde, findet in der Urteilspraxis beider Länder sie nicht ausdrückliche, an Tatsachen erhabte Illustration, wenn auch in einem ganz anderen Sinne, als die Lobhuber zur Rechtsgleichheit es meinten.

Das Urteil von Schattendorf ist nicht das erste, durch das Arbeitermörder freigesprochen wurden oder ganz vergnügte Strafen erhielten. Schattendorf ist das typische Kennzeichen auch österreichischer Justizjustiz. In der Hindenburg-Republik möglichen Spadette solcher Urteile aufführen. Grevesmühlen, Eichendorff, Kautus, das sind nur einige der Terrorurteile, in denen die nationalsozialistischen, völkischen, hakenkreuztrümmer, beitulbhelmlten Angreifer als Auflöser, die überallseinen Reichsbannerkameraden und Roten Frontkämpfer aber als Ankläger, die überallseinen Kämpfern entgegenstehen. Mit automatischer Regelmäßigkeit werden vor deutscher republikanischen Gerichten die Bündnispartner, die die deutsche Republik als Angrißobjekt eines konterrevolutionären Machenschaften betrachten, freigesprochen und die Reichsbannerarbeiter und Roten Frontkämpfer, die sich nicht widerstandslos niederschlagen lassen wollen, wegen Landfriedensbruch, Vorbereitung zum Hochverrat, wie in die Besiegungen und Zuhälter geworfen. Die Kriegsjustiz an revolutionären Arbeitern, die ganze Zahl von Hochverratsprojekten gegen Buchhändler, die gesetzgebende Willkürherrschaft gegenüber Funktionären der sozialdemokratischen Partei und neuerdings bayrischer Gerichte gegen Funktionäre der Roten Hilfe, bei denen der Nachweis ihrer Funktionärschaft bereits genügt, um sie zu 3 bis 15jähriger Gefängnisstrafe zu verurteilen, zeigt, daß die Rechtssprechung in beiden Republiken von gleichem Geiste lebt, daß hier wie dort die brutale Klassenjustiz Machtbasis der Herrschaft des Großkapitals ist. Auch die "Demokratische" österreichische Obherrschaft hindert die Richter nicht, ihre Justiz gegen die Arbeiter einzusehen.

Ungeahnt sind eine Reihe der bestialischsten Verbrechen und Meuchelmorde der deutschen Konterrevolution. In dieser deutschen Republik laufen die Mörder frei herum. Die Morde an unserem Karl Liebknecht, unserer Rosa Luxemburg, an Leo Jochims, an Sylt sind immer noch nicht abgeholt. Das Kainszeichen ungeführter Morde an Proletarien und Arbeitersöhnen ist die Signatur dieser Republik.

Aber wir brauchen gar nicht Jahre zurückzugehen, um beweisen dafür zu finden, daß ungelöste Mordfälle, Verhöle auf Arbeiter, Verbrechen von Nationalisten o. Arbeitern und Republikanern in dieser Republik nicht ihre strafliche Abhandlung finden.

Am 20. März 1927 überfielen 500 hakenkreuzige, die ihren teutonischen Mut zeigen wollten, 23 Rote Frontkämpfer aus Charlottenburg auf dem Bahnhof in Groß-Zehlendorf-Ost. Monate sind seitdem vergangen, und noch immer ist nicht bekannt geworden, was mit den schrecklichen "Helden" geschieht. Noch immer ist die Verhandlung gegen den Hauptverantwortlichen, den Doktor Göbels, einem Berliner nationalsozialistischen Führer, nicht beigebracht. In der Hindenburg-Republik, in der ein Hechtstaatsminister ist, dürfen Arbeiter ungehakt niedergeschossen werden. Aber proletarische Kämpfer, die während des Kuhkampfes die Separatisten niederschlagen, werden, wie der Prozeß gegen Kirchhoff und Genossen im November-Dezember 1926 gezeigt hat, in die Gefängnis und Zuchthäuser geworfen. Stahlhelm-Banditen, die in Düsseldorf den Reichsbannermann Erdmann oder in Breslau den Reichsbannermann Doktor niederschossen, werden freigesprochen oder zu geringfügigen Strafen verurteilt, die fast als Unterdosis zu weiteren Mordtaten dienen.

Noch zittert in der deutschen Arbeiterschaft die Ereignisse nach wegen des leichten Meuchelmordes an dem jugendlichen Reichsbannerkameraden Tiege, den Revolutionshelfer Werner am 25. Juni in Ahrensdorf überstiegen. Wer kreiselt noch daran, daß auch der Mörder von Ahrensdorf von deutschen Gerichten mit Sammankämpfen bestraft werden wird, wenn man den Mörder überhaupt finden wird? Wann wird das Verfahren von deutschen Gerichten ihnen stattfinden? Auslandspässe für Arbeitermörder waren in der deutschen Republik ja jetzt sehr wohlstell.

Nach dem Überfall auf die Reichsbannerkameraden in Ahrensdorf veröffentlichte Hörsing einen Artikel mit dem überragenden Titel: "Ich klage an", aus dem bekannt wurde, daß der Kommandant Tiege das 47. Reichsbannerminister ist, das vom Konterrevolutionären gemeinsam wurde. Mit den Jahren der Opfer und dem Appell an die deutschen Richter, endlich doch Gerechtigkeit zu üben, ist hier gewiß nichts getan. Weiter werden Morde an Reichsbannerkameraden, an Roten Frontkämpfern verübt werden, die

### Die Beisezung

Wien, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Mittwoch nachmittag stand die Beisezung der ersten 57 Todesopfer der Wiener Strohköpfe statt. Die Sozialdemokratische Partei hatte den Aufmarsch der Wiener Arbeiter am Begräbnis verboten. Der Platz des großen Zentralfriedhofs, auf dem die Trauer stattfand, war von den Truppen des sozialdemokratischen Schutzbundes und der neu gebildeten Wiener Gemeindepolizei abgesperrt. In verschiedenen Teilen der Stadt standen Polizei- und Militärräume in Bereitschaft. Auf einem kleinen Platz, der vor dem zweiten Tore des Zentralfriedhofs errichtet war, standen in langen Reihen die silberweiß lackierten Särge. Gegenüber hatten die Angehörigen der Gefallenen und die Partei-, Gewerkschafts- und Betriebsdelegationen Aufstellung genommen. Auf dem Wege zum Friedhof hatte die proletarische Bevölkerung gesagt, ebenso auch die öffentlichen Gebäude der Stadt Wien. Unter den zahlreichen Kränzen waren auch solche deutscher Arbeiter und von der Zentrale der KPD, der Bundesführung des KPB, der KPD Halle-Merseburg und verschiedener deutscher Betriebe zu sehen. Unter anderem waren auch Kränze entstanden von den Belegschaften der Bergwerke Berlin-Rosenthal und einer vom Gaswerk Berlin mit der Aufschrift: "Den Märtyrern der Wiener Arbeiter". Im Auftrag der Kommunistischen Partei Deutschlands war Genoss Koplenik der Sekretär der Zweiten Internationale Friedrich Adler das Wort und antwortete mit einer verbrämten Kommunistenrede.

Nach der Rede des Genossen Koplenik und bereits während derselben machte sich eine dauernde Unruhe bei den anwesenden sozialdemokratischen Nationalräten und übrigen Führern bemerkbar. Entgegen der vorher geplagten Vereinbarung ergriff nach der Rede des Genossen Koplenik der Sekretär der Zweiten Internationale Friedrich Adler das Wort und antwortete mit einer verbrämten Kommunistenrede.

Nach der Rede des Genossen Koplenik und bereits während derselben machte sich eine dauernde Unruhe bei den anwesenden sozialdemokratischen Nationalräten und übrigen Führern bemerkbar. Entgegen der vorher geplagten Vereinbarung ergriff nach der Rede des Genossen Koplenik der Sekretär der Zweiten Internationale Friedrich Adler das Wort und antwortete mit einer verbrämten Kommunistenrede.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Somit wieder Meldungen aus dem Reiche vorliegen, wurde der Vorstand der Partei, am Tage der Beisezung der Opfer des Wiener Aufstands eine 15-Minuten-Pause in der Zeit von 14—15 Uhr einzuhalten, in fast allen größeren Städten von einem sehr großen Teil der Betriebsbelegschaften folgt geleistet. Die deutsche Arbeiterschaft hat damit ein lebendiges Bekenntnis abgelegt zu den politischen Forderungen, für die die Wiener Arbeiter auf die Barricaden gestiegen sind. Der gestrige Tag hat erneut gezeigt, daß die proletarische Solidarität bei der revolutionären Kampfeswillen ungebrochen vorwärts marschiert.

Auch in einigen Dresden Bezieben hat die Arbeiterschaft gestern zum Gedanken an die heldenmütigen Kämpfer von Wien die Arbeit ruhen lassen. Heute morgen wird uns berichtet, daß der Betriebsrat des Schienewerkes am Mittwoch früh zur Abschaltung der Arbeit Stellung genommen hat. Seitens der kommunistischen Betriebsratsmitglieder wurde an die SPD-Mitglieder des Betriebsrats die Aufforderung gerichtet, für eine geschlossene Durchführung der Kundgebung im Betrieb zu sorgen. Auf Grund des in der Dresden Volkszeitung erschienenen Aufrufs riefen sich die sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder zu einer Sonderversammlung zusammen und der Parteileitung nicht bislang gekommen und sich vollständig mit der Stellungnahme der Kommunisten einverstanden erklärt. Einstimig wurde darauf beschlossen, die Arbeit in der Zeit von 14—15 Uhr niedergelegt. Die 1800 Mann starke Belegschaft des Schienewerkes leistete diesem Aufruf des Betriebsrats resolute Folge.

Auch die Arbeiter der Baustelle in Briesnitz-Dreyeck haben, wie uns heute morgen telephonisch mitgeteilt wird, gestern die Arbeit zum Andenken an die toten Wiener Kommunarden ruhen lassen. Ebenso hat die Belegschaft der Feuerdruckerei die Arbeit niedergelegt und war zu einer kurzen Gedächtnissitzung zusammengetreten. Die Arbeiterstimme hatte zwei rote Fahnen auf Halbmast gehisst.

Die Dresden Volkszeitung verlegte und vergaß die Toten von Wien, unter denen sich eine große Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter befinden.

mal ein Ende finden. Die Ereignisse von Wien sind ein sehr deutliches, ein sehr eindringliches Zeichen, ein Memento an die deutschen Klassengerichter!

### Died noch verhaftet

Wien, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Polizei nimmt weitere Massenverhaftungen vor, und zwar, um den Beweis zu erbringen, daß die Kämpfe auf den Einfluß ausländischer Kommunisten zurückzuführen wären, werden wahllos ausländische Studenten, deren radikale Gesinnung durch Spiegel bekannt ist, verhaftet. Aus bekannten Studentenverbänden wurden zahlreiche bulgarische und italienische sowie jugoslawische Studenten festgenommen. Mitteilungen Wiener Blätter über eine ungewöhnliche Aushebung einer kommunistischen Scheimlosen sind aus der Presse ergangen. Die Lügen über angebliche Verhaftungen kommunistischer Angehöriger der Gewandschafft oder Handelsdelegationen muhten von der Polizei selbst dementiert werden. Der Genoss Pieck befindet sich noch immer in Haft. Angeblich soll nach übergelebten Meldungen die Polizei bei ihm verschiedene Aufschlüsse gefunden haben, in denen die Polizei Aufenthaltpunkte für einen Organisationsplan für die nächste Zukunft glaubt erledigen zu können, möbel jedoch keineswegs von einem vollendeten Plan gesprochen werden kann. Die reaktionäre Presse berichtet natürlich von Anweisungen der Moskauer Zentrale über Einleitung eines Putschs, die bei Genossen Pieck gefunden worden wären. Nachdem die Times das Stichwort gegeben haben, daß es sich bei den Wiener Kämpfern um ein kommunistisches Komplott zu handeln scheint, reiht sich natürlich der englische Tagblatt mit in die hege mit entsprechenden Mitteilungen ein.

mäßig, alles verstehende und verzeihende Hand deutscher Richter wird weiter schwärmen über konterrevolutionäre Mörder gehext werden, wenn sich die Reichsbannerkameraden, die Roten Frontkämpfer, umlaufen von gleichen Gefahren, nicht zu einheitlicher Abwehrfront zusammenschließen.

Es ist endlich an der Zeit, daß den völkischen Mordbanditen das Handwerk gelegt wird; es ist endlich Zeit, daß beim 47. Reichsbanneropfer, nach zahllosen ungelösten Mordfällen, die Reichsbannerkameraden, die sozialdemokratischen Arbeiter sich sagen: Zeigt's genug! Schlau mit dem Mordinstinkt! Schlau mit dieser Justiz, die Mörder freispricht oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt! Es gilt, ein neues Ahrensdorf zu verhindern, ein neues Schattendorf unmöglich zu machen.

Aber bei diesen Kämpfen darf nicht vergessen werden, daß hunderte politischer Kämpfer noch in den Kerken der deutschen Republik ihrmachen, die Opfer einer Justiz geworden sind, der das Schattendorfer Urteil entsprang.

Heraus mit den Opfern dieser deutschen Klassenjustiz! Amntheit der politischen Gefangenen des Proletariats! Das muß und wird die Forderung sein, um die es gemeinsam zu kämpfen gilt!

Bei Beratung des Amnestiegegentwurfs der Kommunistischen Reichstagsfraktion am 10. Februar erklärte der Justizminister der Bürgerklopfregierung, Herr Oskar Hergt, daß in Zeiten zunehmender Verhüllung es unzureichend ist, eine Amnestie zu gewähren. Schnell können sich die Zeiten auch in Deutschland ändern. Auch die Geduld deutscher Arbeiter gegenüber dieser Schandjustiz muß ein-